

Working Group II

Working document 17

Working group II "Incorporation of the Charter/accession to the ECHR"

**Betr.: Einklagbarkeit der Charta-Grundrechte und Verbesserung
des Individualrechtsschutzes**

**Beitrag von Herrn Professor Dr. Jürgen Meyer, Delegierter des Deutschen
Bundestages im Verfassungskonvent der Europäischen Union**

Ziel: Einklagbarkeit der Charta-Grundrechte und Verbesserung des Individualrechtsschutzes

Vorschlag: Art. 230 Abs. 4 EG wird in seinem letzten Halbsatz geändert und erhält folgenden Wortlaut:

Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar **oder** individuell betreffen.

Begründung:

Einklagbarkeit der Charta sichtbar machen

Eine Charta, die zwar als Bestandteil der Gemeinschaftsrechts verbindlich ist, aber von den Einzelnen nicht oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen eingeklagt werden kann, wird von den Bürgern nicht akzeptiert werden. Der Konvent muss deshalb die Frage der Bürger eindeutig beantworten, in welchem Verfahren sie ihre Charta-Grundrechte unmittelbar geltend machen können.

Der strikten Verbindlichkeit der in der Charta niedergelegten individuellen Rechte und insbesondere dem in Art. 47 der Charta garantierten Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz wird ein modifiziertes System des gegenwärtigen Individualrechtsschutzes am besten gerecht. Mit dem hier unterbreiteten Vorschlag wird es den Bürgern ermöglicht, unmittelbar und auf eigenen Entschluss hin vor dem Gerichtshof die Verletzung ihrer (Grund-) Rechte geltend zu machen.

Dem Text der Charta sollte an geeigneter Stelle, etwa in Art. 47, eine Bestimmung beigefügt werden, die auf diesen Rechtsbehelf hinweist:

„Jede Person hat unter den in Art. 230 Abs. 4 EG vorgesehenen Bedingungen das Recht, eine Klage wegen Verletzung der in dieser Charta anerkannten Rechte und Freiheiten zu erheben.“

Direkte Klagen zum Gerichtshof erleichtern

Vor allem in zwei Konstellationen sollte der Einzelne nicht darauf verwiesen werden, Rechtsschutz erst auf der nachfolgenden Stufe einer einzelstaatlichen Vollzugsmaßnahme zu suchen. Die Anfechtung eines Gemeinschaftsakts sollte unabhängig von der Rechtsnatur der Maßnahme zulässig sein,

1) wenn der Einzelne unmittelbar betroffen ist, d.h. der angegriffene Rechtsakt sich auf seine Rechtsstellung unmittelbar auswirkt und bei einer gegebenenfalls erforderlichen Durchführungsmaßnahme kein Ermessensspielraum bleibt,
oder

2) wenn der Einzelne individuell betroffen ist, d.h. der angegriffene Rechtsakt ihn wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften oder wegen besonderer Umstände berührt und daher in ähnlicher Weise individualisiert wie den Adressaten einer Entscheidung.

Beide Situationen, in denen sich ein Bürger befinden kann, sind unabhängig voneinander zu sehen. Sie verlangen *jeweils* danach, dass die Rechtmäßigkeitskontrolle ohne weiteres Zuwarten möglich ist. Die vorgeschlagene Änderung verwandelt deshalb die beiden bisher kumulativ anzuwendenden Voraussetzungen des Art. 230 Abs. 4 EG in *alternativ* anzuwendende Voraussetzungen.

Defizite im bestehenden Rechtsschutzsystem beheben

Ein Anliegen der vorgeschlagenen Reform ist es, die Lücken im bestehenden Rechtsschutzsystem zu schließen. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass das Zusammenspiel von Direktklagen und Vorabentscheidungsverfahren in bestimmten Fällen effektiven Rechtsschutz für die Bürger nicht gewährleistet.

Zuletzt bestand die Erwartung, dass der Gerichtshof seine ständige Rechtsprechung hinsichtlich der Zulässigkeit unmittelbarer Klagen von Privatpersonen verändern könnte. In seinem Urteil vom 25. Juli 2002 hat er jedoch zum Ausdruck gebracht, dass auf der Basis des gegenwärtigen Wortlauts des Art. 230 EG eine weitere Liberalisierung der Voraussetzungen für eine Individualklage nicht möglich ist. Ausdrücklich wurde auf die Möglichkeit der Modifizierung des Primärrechts hingewiesen.¹

Die vorgeschlagene Änderung stellt zuverlässig sicher, dass sämtliche Klagen, die nach geltendem Recht zulässig waren, dies auch nach der Änderung sein werden. Der prozessrechtliche *acquis communautaire* bleibt voll gewahrt.

Arbeitsbelastung der Gerichte kein überzeugender Einwand

Es trifft zu, dass die Arbeitsbelastung der Gemeinschaftsgerichte aufgrund dieser Änderung vermutlich steigen würde. Dies darf jedoch in einer Grundrechtsgemeinschaft nicht verhindern, eine für zweckmäßig gehaltene Veränderung des Rechtsschutzsystems in die Tat umzusetzen. Vielmehr muss das zuständige Gericht Erster Instanz mit den erforderlichen institutionellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden, sodass es im Hinblick auf die Dauer der Verfahren effektiven Rechtsschutzes gewährleisten kann. Die Reform der Gerichtsverfassung durch den Vertrag von Nizza schafft hierfür verbesserte Rahmenbedingungen (Art. 225, 225a EG).

¹ Urteil des Gerichtshofs vom 25. Juli 2002, Rs. C-50/00 P, Unión de Pequeños Agricultores/Rat, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Rdnrn. 40 ff.